

## **720 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVII. GP**

**Ausgedruckt am 8. 11. 1988**

# **Regierungsvorlage**

**Urkunde zur Abänderung der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation samt Anhang**

(Übersetzung)

**URKUNDE ZUR ABÄNDERUNG DER VERFASSUNG DER INTERNATIONALEN ARBEITSORGANISATION**

Die Allgemeine Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation, die vom Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes nach Genf einberufen wurde und am 4. Juni 1986 zu ihrer zweiundsiebzigsten Tagung zusammengetreten ist, hat beschlossen, verschiedene Änderungen zur Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation anzunehmen, eine Frage, die zum siebenten Gegenstand ihrer Tagesordnung gehört.

Die Konferenz nimmt heute, am 24. Juni 1986, die folgende Urkunde zur Abänderung der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation an, die als Abänderungsurkunde zur Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation, 1986, bezeichnet wird.

**Artikel 1**

Vom Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Abänderungsurkunde an treten die Bestimmungen der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation, deren zur Zeit geltender Wortlaut in der ersten Spalte des Anhangs zu dieser Urkunde aufgeführt ist, in der in der zweiten Spalte dieses Anhangs geänderten Fassung in Kraft.

**Artikel 2**

Zwei authentische Ausfertigungen dieser Urkunde werden vom Präsidenten der Konferenz und vom Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes unterzeichnet. Eine dieser Ausfertigungen wird im Archiv des Internationalen Arbeitsamtes hinterlegt, die andere dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zur Eintragung nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen übermittelt. Der Generaldirektor stellt jedem Mitglied der Internationalen Arbeitsorganisation eine beglaubigte Abschrift dieser Urkunde zu.

**Artikel 3**

1. Die förmlichen Ratifikationen oder Annahmen dieser Abänderungsurkunde sind dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes mitzuteilen, der den Mitgliedern der Organisation davon Kenntnis gibt.
2. Diese Abänderungsurkunde tritt nach den Bestimmungen des Artikels 36 der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation in Kraft.
3. Sobald diese Abänderungsurkunde in Kraft getreten ist, gibt der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes dies allen Mitgliedern der Internationalen Arbeitsorganisation und dem Generalsekretär der Vereinten Nationen bekannt.

## 720 der Beilagen

3

## ANHANG

## DIE VERFASSUNG DER INTERNATIONALEN ARBEITSORGANISATION

Am 24. Juni 1986 geltende Bestimmungen <sup>1)</sup>

## Artikel 1

4. Die Allgemeine Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation kann auch Mitglieder durch Beschluß einer Mehrheit von zwei Dritteln der auf der Tagung anwesenden Delegierten, einschließlich von zwei Dritteln der [anwesenden und] an der Abstimmung teilnehmenden Regierungsdelegierten, in die Organisation aufnehmen. Eine solche Aufnahme wird rechtswirksam auf Grund einer Mitteilung der Regierung des neuen Mitgliedes an den Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes, worin diese in aller Form die Übernahme der sich aus der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation ergebenden Verpflichtungen erklärt.

## Artikel 3

9. Die Vollmachten der Delegierten und ihrer technischen Berater werden der Konferenz zur Prüfung vorgelegt; diese kann mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der [von den anwesenden Delegierten] abgegebenen Stimmen die Zulassung jedes Delegierten oder technischen Beraters ablehnen, der nach ihrer Auffassung nicht nach den Bestimmungen dieses Artikels bezeichnet worden ist.

## Artikel 6

Zu einer Verlegung des Sitzes des Internationalen Arbeitsamtes bedarf es eines Beschlusses der Konferenz mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der [von den anwesenden Delegierten] abgegebenen Stimmen.

## Artikel 7

1. [Der Verwaltungsrat setzt sich aus sechsundfünfzig Personen zusammen, und zwar aus

- achtundzwanzig Regierungsvertretern,
- vierzehn Arbeitgebervertretern und
- vierzehn Arbeitnehmervertretern.

2. Von den achtundzwanzig Regierungsvertretern werden zehn durch die Mitglieder ernannt, denen wirtschaftlich die größte Bedeutung zukommt, und achtzehn durch die Mitglieder, die zu diesem Zweck von den zur Konferenz abgeordneten Regierungsdelegierten unter Ausschluß der Delegierten der erwähnten zehn Mitglieder bezeichnet worden sind.

Abgeänderte Bestimmungen <sup>1)</sup>

## Artikel 1

4. Die Allgemeine Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation kann auch Mitglieder durch Beschluß einer Mehrheit von zwei Dritteln der an der Tagung teilnehmenden Delegierten, einschließlich von zwei Dritteln der Regierungsdelegierten, die an der Abstimmung teilgenommen haben, in die Organisation aufnehmen. Eine solche Aufnahme wird rechtswirksam auf Grund einer Mitteilung der Regierung des neuen Mitgliedes an den Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes, worin diese in aller Form die Übernahme der sich aus der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation ergebenden Verpflichtungen erklärt.

## Artikel 3

9. Die Vollmachten der Delegierten und ihrer technischen Berater werden der Konferenz zur Prüfung vorgelegt; diese kann mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen die Zulassung jedes Delegierten oder technischen Beraters ablehnen, der nach ihrer Auffassung nicht nach den Bestimmungen dieses Artikels bezeichnet worden ist.

## Artikel 6

Zu einer Verlegung des Sitzes des Internationalen Arbeitsamtes bedarf es eines Beschlusses der Konferenz mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen.

## Artikel 7

1. Der Verwaltungsrat umfaßt einhundertzwölf Sitze:

- sechsundfünfzig Sitze für Vertreter der Regierungen;
- achtundzwanzig Sitze für Vertreter der Arbeitgeber;
- achtundzwanzig Sitze für Vertreter der Arbeitnehmer.

2. Seine Zusammensetzung hat so repräsentativ wie möglich zu sein und die verschiedenen geographischen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen innerhalb der drei ihn bildenden Gruppen zu berücksichtigen, ohne daß jedoch die anerkannte Autonomie dieser Gruppen beeinträchtigt wird.

<sup>1)</sup> Die aus den am 24. Juni 1986 geltenden Bestimmungen gestrichenen Worte stehen in eckigen Klammern. Die mit den abgeänderten Bestimmungen eingeführten Änderungen und Zusätze sind unterstrichen.

3. Der Verwaltungsrat bestimmt, jeweils wenn es erforderlich ist, welchen Mitgliedern der Organisation wirtschaftlich die größte Bedeutung zukommt; er stellt Regeln auf, die gewährleisten sollen, daß alle Fragen bezüglich der Bezeichnung der Mitglieder, denen wirtschaftlich die größte Bedeutung zukommt, von einem unparteiischen Ausschuß geprüft werden, bevor der Verwaltungsrat darüber entscheidet. Über jeden Einspruch eines Mitglieds gegen die Erklärung des Verwaltungsrates, welchen Mitgliedern wirtschaftlich die größte Bedeutung zukommt, entscheidet die Konferenz; jedoch hat ein an die Konferenz gerichteter Einspruch für die Anwendung der Erklärung keine aufschiebende Wirkung, solange die Konferenz keine Entscheidung über den Einspruch getroffen hat.]

3. Um den Erfordernissen nach Absatz 2 dieses Artikels zu entsprechen und die Kontinuität der Arbeit zu gewährleisten, werden von den sechsundfünfzig den Vertretern der Regierungen zugeteilten Sitzen vierundfünfzig wie folgt besetzt:

- a) Sie sind auf vier geographische Regionen (Afrika, Amerika, Asien und Europa) zu verteilen, deren Abgrenzung, falls erforderlich, im gegenseitigen Einvernehmen aller betroffenen Regierungen anzupassen ist. Jeder dieser Regionen wird auf der Grundlage einer gleichen Gewichtung der Zahl der Mitgliedstaaten in der Region, ihrer Gesamtbevölkerung und ihrer nach geeigneten Kriterien (Brutto-sozialprodukt oder Beiträge zum Haushalt der Organisation) bemessenen wirtschaftlichen Tätigkeit eine Anzahl von Sitzen zugewiesen, mit der Maßgabe, daß keine Region weniger als zwölf und keine mehr als fünfzehn Sitze erhalten kann. Im Sinne dieses Unterabsatzes ergibt sich die folgende Erstverteilung der Sitze: Afrika dreizehn Sitze; Amerika zwölf Sitze; Asien und Europa abwechselnd fünfzehn und vierzehn Sitze.
- b) i) Auf der Internationalen Arbeitskonferenz bilden die Regierungsdelegierten der Mitgliedstaaten, die den verschiedenen in Unterabsatz a) genannten Regionen angehören oder die diesen im gegenseitigen Einvernehmen angegliedert werden oder die nach Maßgabe des Absatzes 4 zu der entsprechenden Regionalkonferenz eingeladen werden, Wahlkollegien, die für die Ernennung der Mitglieder zuständig sind, welche die jeder dieser Regionen zugewiesenen Sitze einnehmen sollen. Die Regierungsdelegierten der Staaten Westeuropas und die Regierungsdelegierten der sozialistischen Staaten Osteuropas bilden gesonderte Wahlkollegien. Sie einigen sich über die Aufteilung der der Region zugeteilten Sitze und bezeichnen ihre Vertreter im Verwaltungsrat gesondert.
- ii) Wenn es die besonderen Verhältnisse einer Region erfordern, können die Regierungen dieser Region übereinkommen, Untereinheiten auf subregionaler Grundlage zu bilden, die gesondert Mitglieder zur Einnahme der der betreffenden Subregion zugewiesenen Sitze bezeichnen.
- iii) Die Bezeichnungen werden dem Kollegium der Regierungsdelegierten zur Konferenz mitgeteilt, damit dieses die Ergebnisse bekanntgeben kann. Entsteht über das Wahlverfahren oder seine Ergebnisse in einer Region oder Subregion eine

Streitigkeit, die nicht auf diesen Ebenen beigelegt werden kann, trifft das Kollegium der Regierungsdelegierten zur Konferenz eine Entscheidung im Rahmen der Bestimmungen des einschlägigen Protokolls.

- c) Jedes Wahlkollegium trifft die notwendigen Maßnahmen, um sicherzustellen, daß eine wesentliche Anzahl der zur Besetzung der dieser Region zugeteilten Sitze bezeichneten Mitglieder unter Berücksichtigung ihrer Bevölkerungszahl ausgewählt wird und daß eine gerechte geographische Verteilung gewährleistet ist, und berücksichtigt gleichzeitig andere Faktoren, wie die wirtschaftliche Tätigkeit der betreffenden Mitglieder, gemäß den besonderen Merkmalen dieser Region. Die Modalitäten für die Anwendung dieser Grundsätze werden in Protokollen festgelegt, die von den Regierungen jedes Wahlkollegiums vereinbart werden und beim Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes zu hinterlegen sind.

4. Jeder der beiden verbleibenden Sitze wird abwechselnd Afrika und Amerika einerseits und Asien und Europa andererseits zugewiesen, um jede dieser Regionen in die Lage zu versetzen, die Beteiligung derjenigen Mitgliedstaaten am Wahlverfahren auf nichtdiskriminierender Grundlage sicherzustellen, die geographisch zu ihr gehören oder im gegenseitigen Einvernehmen ihr angegliedert sind oder die zu der entsprechenden Regionalkonferenz eingeladen werden, aber noch nicht durch das Protokoll für diese Region oder ein anderes Protokoll erfaßt sind, mit der Maßgabe, daß solchen Staaten keine Vorzugsbehandlung gegenüber vergleichbaren Staaten in der Region zu gewähren ist. Wenn der zusätzliche Sitz nicht gemäß den vorstehenden Bestimmungen verwendet wird, ist er von der betreffenden Region unter Berücksichtigung der Bestimmungen ihres Protokolls zu besetzen.

[4.] Die Arbeitgebervertreter und die Arbeitnehmervertreter werden von den Arbeitgeberdelegierten bzw. von den Arbeitnehmerdelegierten auf der Konferenz gewählt.

[5.] Die Amtsdauer des Verwaltungsrates beträgt drei Jahre. Finden aus irgendeinem Grund nach Ablauf dieser Zeitspanne keine Neuwahlen statt, so bleibt der Verwaltungsrat im Amt, bis Neuwahlen abgehalten werden.

[6.] Das Verfahren bei der Besetzung frei gewordener Sitze, die Bezeichnung von Stellvertretern und andere Fragen ähnlicher Art können, vorbehaltlich der Zustimmung der Konferenz, vom Verwaltungsrat geregelt werden.

[7.] Der Verwaltungsrat wählt aus seiner Mitte einen Präsidenten und zwei Vizepräsidenten. Eine

5. Die Arbeitgebervertreter und die Arbeitnehmervertreter werden von den Arbeitgeberdelegierten bzw. von den Arbeitnehmerdelegierten auf der Konferenz gewählt.

6. Die Amtsdauer des Verwaltungsrates beträgt drei Jahre. Finden aus irgendeinem Grund nach Ablauf dieser Zeitspanne keine Neuwahlen statt, so bleibt der Verwaltungsrat im Amt, bis Neuwahlen abgehalten werden.

7. Das Verfahren bei der Besetzung frei gewordener Sitze, die Bezeichnung von Stellvertretern und andere Fragen ähnlicher Art können, vorbehaltlich der Zustimmung der Konferenz, vom Verwaltungsrat geregelt werden.

8. Der Verwaltungsrat wählt aus seiner Mitte einen Präsidenten und zwei Vizepräsidenten. Eine

dieser drei Personen muß Regierungsvertreter, eine Arbeitgebervertreter und eine Arbeitnehmervertreter sein.

[8.] Der Verwaltungsrat stellt seine Geschäftsordnung auf. Er bestimmt den Zeitpunkt seines Zusammentritts. Eine besondere Tagung ist jedesmal abzuhalten, wenn mindestens [sechzehn] Mitglieder des Verwaltungsrates schriftlich einen entsprechenden Antrag stellen.

#### Artikel 8

1. An der Spitze des Internationalen Arbeitsamtes steht ein Generaldirektor; er wird durch den Verwaltungsrat ernannt, empfängt von ihm seine Anweisungen und ist ihm sowohl für den sachgemäßen Geschäftsgang des Internationalen Arbeitsamtes als auch für die Erfüllung aller anderen ihm etwa anvertrauten Aufgaben verantwortlich.

[2.] Der Generaldirektor oder sein Vertreter ist bei allen Sitzungen des Verwaltungsrates anwesend.

#### Artikel 13

2. ...

c) Die Vorkehrungen zur Genehmigung des Budgets der Internationalen Arbeitsorganisation sowie zur Festsetzung und Einziehung der Beiträge werden von der Konferenz mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der [von den anwesenden Delegierten] abgegebenen Stimmen beschlossen; dabei ist vorzusehen, daß das Budget und die Vorkehrungen zur Umlage der Kosten auf die Mitglieder der Organisation von einem Ausschuß von Regierungsvertretern gebilligt werden.

4. Ein Mitglied der Organisation, das mit der Zahlung seines Beitrags zu den Kosten der Organisation im Rückstand ist, kann an den Abstimmungen der Konferenz, des Verwaltungsrates oder eines Ausschusses sowie an den Wahlen von Mitgliedern des Verwaltungsrates nicht teilnehmen, wenn der Betrag seiner Zahlungsrückstände dem von ihm für die vorangehenden zwei vollen Jahre geschuldeten Beitrag gleichkommt oder ihn übersteigt. Die Konferenz kann jedoch mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der [von den anwesenden Delegierten] abgegebenen Stimmen ein solches Mitglied ermächtigen, an den Abstimmungen teilzunehmen, wenn sie feststellt, daß das Versäumnis auf Umstände zurückzuführen ist, die vom Willen des Mitglieds unabhängig sind.

dieser drei Personen muß Regierungsvertreter, eine Arbeitgebervertreter und eine Arbeitnehmervertreter sein.

9. Der Verwaltungsrat stellt seine Geschäftsordnung auf. Er bestimmt den Zeitpunkt seines Zusammentritts. Eine besondere Tagung ist jedesmal abzuhalten, wenn mindestens zweiunddreißig Mitglieder des Verwaltungsrates schriftlich einen entsprechenden Antrag stellen.

#### Artikel 8

1. An der Spitze des Internationalen Arbeitsamtes steht ein Generaldirektor; er wird durch den Verwaltungsrat ernannt, der die Ernennung der Internationalen Arbeitskonferenz zur Genehmigung vorlegt.

2. Der Generaldirektor empfängt seine Anweisungen vom Verwaltungsrat und ist ihm sowohl für den sachgemäßen Geschäftsgang des Internationalen Arbeitsamtes als auch für die Erfüllung aller anderen ihm etwa anvertrauten Aufgaben verantwortlich.

3. Der Generaldirektor oder sein Vertreter ist bei allen Sitzungen des Verwaltungsrates anwesend.

#### Artikel 13

2. ...

c) Die Vorkehrungen zur Genehmigung des Budgets der Internationalen Arbeitsorganisation sowie zur Festsetzung und Einziehung der Beiträge werden von der Konferenz mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen beschlossen; dabei ist vorzusehen, daß das Budget und die Vorkehrungen zur Umlage der Kosten auf die Mitglieder der Organisation von einem Ausschuß von Regierungsvertretern gebilligt werden.

4. Ein Mitglied der Organisation, das mit der Zahlung seines Beitrags zu den Kosten der Organisation im Rückstand ist, kann an den Abstimmungen der Konferenz, des Verwaltungsrates oder eines Ausschusses sowie an den Wahlen von Mitgliedern des Verwaltungsrates nicht teilnehmen, wenn der Betrag seiner Zahlungsrückstände dem von ihm für die vorangehenden zwei vollen Jahre geschuldeten Beitrag gleichkommt oder ihn übersteigt. Die Konferenz kann jedoch mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen ein solches Mitglied ermächtigen, an den Abstimmungen teilzunehmen, wenn sie feststellt, daß das Versäumnis auf Umstände zurückzuführen ist, die vom Willen des Mitglieds unabhängig sind.

## 720 der Beilagen

7

**Artikel 16**

2. Die beanstandeten Gegenstände bleiben trotzdem auf der Tagesordnung, wenn die Konferenz mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der [von den anwesenden Delegierten] abgegebenen Stimmen dies beschließt.

3. Jede Frage, deren Prüfung die Konferenz (anders als im vorstehenden Absatz vorgesehen) ebenfalls mit einer Mehrheit von zwei Dritteln beschließt, ist auf die Tagesordnung der folgenden Tagung zu setzen.

**Artikel 17**

2. Die einfache Mehrheit der [von den anwesenden Mitgliedern der Konferenz] abgegebenen Stimmen ist entscheidend, soweit nicht durch andere Artikel dieser Verfassung oder durch Übereinkommen oder sonstige Urkunden, die der Konferenz Befugnisse übertragen, oder durch die nach Artikel 13 getroffenen Vereinbarungen über Finanz- und Budgetangelegenheiten ausdrücklich eine größere Mehrheit vorgesehen ist.

[3.] Die Abstimmung ist ungültig, wenn [die Zahl der abgegebenen Stimmen geringer ist als die Hälfte der an der Tagung der Konferenz teilnehmenden Delegierten.]

**Artikel 19**

2. Für die Annahme sowohl eines Übereinkommens als auch einer Empfehlung bedarf es bei der Schlußabstimmung der Konferenz einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen [der anwesenden Delegierten].

**Artikel 21**

1. Erhält der Entwurf eines Übereinkommens bei der endgültigen GesamtAbstimmung nicht die Mehrheit von zwei Dritteln der [von den anwesenden Delegierten] abgegebenen Stimmen, so steht es den Mitgliedern der Organisation, die dies wünschen, frei, ein besonderes Übereinkommen mit dem gleichen Inhalt abzuschließen.

**Artikel 16**

2. Die beanstandeten Gegenstände bleiben trotzdem auf der Tagesordnung, wenn die Konferenz mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen dies beschließt.

3. Jede Frage, deren Prüfung die Konferenz (anders als im vorstehenden Absatz vorgesehen) ebenfalls mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen beschließt, ist auf die Tagesordnung der folgenden Tagung zu setzen.

**Artikel 17**

2. Die einfache Mehrheit der abgegebenen (Ja- und Nein-) Stimmen ist entscheidend, soweit nicht durch andere Artikel dieser Verfassung oder durch Übereinkommen oder sonstige Urkunden, die der Konferenz Befugnisse übertragen, oder durch die nach Artikel 13 getroffenen Vereinbarungen über Finanz- und Budgetangelegenheiten ausdrücklich eine größere Mehrheit vorgesehen ist.

3. In Fällen, in denen die Verfassung eine Beschlußfassung mit einfacher Mehrheit vorsieht, muß der Beschluß von mindestens einem Viertel der an der Tagung teilnehmenden Delegierten getragen werden; in Fällen, in denen die Verfassung eine Beschlußfassung mit Zweidrittelmehrheit vorsieht, muß dieser Beschluß von mindestens einem Drittel der an der Tagung teilnehmenden Delegierten getragen werden; in Fällen, in denen die Verfassung eine Beschlußfassung mit Dreiviertelmehrheit vorsieht, muß dieser Beschluß von mindestens drei Achteln der an der Tagung teilnehmenden Delegierten getragen werden.

4. Die Abstimmung ist ungültig, wenn nicht mindestens die Hälfte der an der Tagung teilnehmenden und stimmberechtigten Delegierten an der Abstimmung teilgenommen hat.

**Artikel 19**

2. Für die Annahme sowohl eines Übereinkommens als auch einer Empfehlung bedarf es bei der Schlußabstimmung der Konferenz einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen.

**Artikel 21**

1. Erhält der Entwurf eines Übereinkommens bei der endgültigen GesamtAbstimmung nicht die Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen, so steht es den Mitgliedern der Organisation, die dies wünschen, frei, ein besonderes Übereinkommen mit dem gleichen Inhalt abzuschließen.

**Artikel 36**

Abänderungen dieser Verfassung, die von der Konferenz mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen [der anwesenden Delegierten] angenommen worden sind, treten in Kraft, sobald zwei Drittel der Mitglieder der Organisation sie ratifiziert oder angenommen haben; [dabei müssen diese zwei Drittel fünf der zehn Mitglieder einschließen, die im Verwaltungsrat als Mitglieder vertreten sind, denen nach Artikel 7 Absatz 3 dieser Verfassung wirtschaftlich die größte Bedeutung zukommt.]

**Artikel 36**

1. Vorbehaltlich der Bestimmungen des Absatzes 2 dieses Artikels treten Abänderungen dieser Verfassung, die von der Konferenz mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen angenommen worden sind, in Kraft, sobald zwei Drittel der Mitglieder der Organisation sie ratifiziert oder angenommen haben.

## 2. Betrifft eine Abänderung

- i) die grundlegenden Ziele der Organisation gemäß der Präambel der Verfassung und der die Anlage zur Verfassung bildende Erklärung über die Ziele und Zwecke der Internationalen Arbeitsorganisation (Präambel, Artikel 1, Anlage);
- ii) die ständige Einrichtung der Organisation, die Zusammensetzung und Aufgaben ihrer Kollegialorgane sowie die Ernennung und die Aufgaben des Generaldirektors gemäß der Verfassung (Artikel 1, Artikel 2, Artikel 3, Artikel 4, Artikel 7, Artikel 8, Artikel 17);
- iii) die Verfassungsbestimmungen betreffend internationale Arbeitsübereinkommen und -empfehlungen (Artikel 19 bis 35, Artikel 37);
- iv) die Bestimmungen dieses Artikels,  
so gilt sie als nicht angenommen, wenn sie nicht drei Viertel der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt; sie tritt nicht in Kraft, solange nicht drei Viertel der Mitglieder der Organisation sie ratifiziert oder angenommen haben.

## INSTRUMENT FOR THE AMENDMENT OF THE CONSTITUTION OF THE INTERNATIONAL LABOUR ORGANISATION

The General Conference of the International Labour Organisation,

Having been convened at Geneva by the Governing Body of the International Labour Office, and having met in its Seventy-second Session on 4 June 1986, and

Having decided upon the adoption of certain amendments to the Constitution of the International Labour Organisation, a question which is included in the seventh item on the agenda of the Session,

adopts, this twenty-fourth day of June of the year one thousand nine hundred and eighty-six, the following instrument for the amendment of the Constitution of the International Labour Organisation, which may be cited as the Constitution of the International Labour Organisation Instrument of Amendment, 1986:

### Article 1

As from the date of the coming into force of this Instrument of Amendment, the provisions of the Constitution of the International Labour Organisation, of which the text at present in force is set forth in the first column of the Annex to this Instrument, shall have effect as amended in the second column of the said Annex.

### Article 2

Two copies of this Instrument of Amendment shall be authenticated by the signatures of the President of the Conference and of the Director-General of the International Labour Office. One of these copies shall be deposited in the archives of the International Labour Office and the other shall be communicated to the Secretary-General of the United Nations for registration in accordance with article 102 of the Charter of the United Nations. The Director-General will communicate a certified copy of the Instrument to all the Members of the International Labour Organisation.

### Article 3

1. The formal ratifications or acceptances of this Instrument of Amendment shall be communicated to the Director-General of the International Labour Office, who shall notify the Members of the Organisation of the receipt thereof.

2. This Instrument of Amendment will come into force in accordance with the provisions of article 36 of the Constitution of the Organisation.

3. On the coming into force of this Instrument, the Director-General of the International Labour Office shall so notify all the Members of the International Labour Organisation and the Secretary-General of the United Nations.

## ANNEX

### THE CONSTITUTION OF THE INTERNATIONAL LABOUR ORGANISATION

Provisions in force on 24 June 1986 <sup>1)</sup>

Amended Provisions <sup>1)</sup>

#### Article 1

4. The General Conference of the International Labour Organisation may also admit Members to the Organisation by a vote concurred in by two-thirds of the delegates attending the session including two-thirds of the Government delegates [present and] voting. Such admission shall take effect on the communication to the Director-General of the International Labour Office by the government of the new Member of its formal acceptance of the obligations of the Constitution of the Organisation.

#### Article 1

4. The General Conference of the International Labour Organisation may also admit Members to the Organisation by a vote concurred in by two-thirds of the delegates attending the session including two-thirds of the Government delegates having taken part in the voting. Such admission shall take effect on the communication to the International Labour Office by the government of the new Member of its formal acceptance of the obligations of the Constitution of the Organisation.

## Article 3

9. The credentials of delegates and their advisers shall be subject to scrutiny by the Conference, which may, by two-thirds of the votes cast [by the delegates present], refuse to admit any delegate or adviser whom it deems not to have been nominated in accordance with this article.

## Article 6

Any change in the seat of the International Labour Office shall be decided by the Conference by a two-thirds majority of the votes cast [by the delegates present].

## Article 7

[1. The Governing Body shall consist of fifty-six persons—

Twenty-eight representing governments,  
Fourteen representing the employers, and  
Fourteen representing the workers.

2. Of the twenty-eight persons representing governments, ten shall be appointed by the Members of chief industrial importance, and eighteen shall be appointed by the Members selected for that purpose by the Government delegates to the Conference, excluding the delegates of the ten Members mentioned above.

3. The Governing Body shall as occasion requires determine which are the Members of the Organisation of chief industrial importance and shall make rules to ensure that all questions relating to the selection of the Members of chief industrial importance are considered by an impartial committee before being decided by the Governing Body. Any appeal made by a Member from the declaration of the Governing Body as to which are the Members of chief industrial importance shall be decided by the Conference, but an appeal to the Conference shall not suspend the application of the declaration until such time as the Conference decides the appeal.]

## Article 3

9. The credentials of delegates and their advisers shall be subject to scrutiny by the Conference, which may, by two-thirds of the votes cast, refuse to admit any delegate or adviser whom it deems not to have been nominated in accordance with this article.

## Article 6

Any change in the seat of the International Labour Office shall be decided by the Conference by a two-thirds majority of the votes cast.

## Article 7

1. The Governing Body shall comprise one hundred and twelve seats:

- fifty-six seats for persons representing governments;
- twenty-eight seats for persons representing the employers; and
- twenty-eight seats for persons representing the workers.

2. Its composition shall be as representative as possible, taking into account the various geographical, economic and social interests within its three constituent groups, without, however, impairing the recognised autonomy of those groups.

3. In order to meet the requirements of paragraph 2 of this article, and to ensure continuity of work, fifty-four of the fifty-six seats assigned to representatives of governments shall be filled as follows:

- (a) They shall be distributed among four geographical regions (Africa, America, Asia und Europe) to be adjusted, if necessary, by mutual agreement among all the governments concerned. Each of these regions shall be assigned a number of seats based on the application of equal weighting of the number of States Members within the region, their total population and their economic activity assessed by appropriate criteria (gross national product or contributions to the budget of the Organisation), in being understood that no region shall have fewer than twelve seats and none more than fifteen seats. For the application of this subparagraph, the initial distribution of seats shall be as follows: Africa: thirteen seats; America: twelve seats; Asia and Europe: alternately fifteen and fourteen seats.

<sup>1)</sup> The words deleted from the provisions in force on 24 June 1986 are placed in square brackets. The changes and additions introduced by the amended provisions are underlined.

- (b) (i) During the International Labour Conference, the Government delegates representing States Members belonging to the different regions referred to in subparagraph (a) of this paragraph, or those which are attached to them by mutual agreement, or are invited to the corresponding Regional Conference under the conditions set out in paragraph 4 below, shall constitute the electoral colleges responsible for appointing the members to fill the seats assigned to each of the said regions. The Government delegates representing the States of Western Europe and those representing the socialist States of Eastern Europe shall constitute separate electoral colleges. They shall agree to divide between them the seats assigned to the region and shall select separately their representatives on the Governing Body.
- (ii) When the special characteristics of a region so require, the governments of that region may agree to form subdivisions on a subregional basis to appoint separately Members to fill the seats assigned to the subregion concerned.
- (iii) The appointments shall be communicated to the college of Government delegates to the Conference in order for it to proclaim the results. If the electoral process or its results in a region or subregion are the subject of dispute which cannot be settled at those levels, the College of Government delegates to the Conference shall take a decision in the framework of the provisions of the relevant protocol.
- (c) Each electoral college shall take the necessary steps to ensure that a substantial number of Members appointed to fill the seats assigned to that region is chosen on the basis of the size of their population and that an equitable geographical distribution is assured, while at the same time taking into consideration other factors such as the economic activity of the Members concerned in accordance with the special characteristics of the region. The means of implementing these principles shall be specified in protocols agreed by the governments of each electoral college which shall be deposited with the Director-General of the International Labour Office.
4. Each of the two remaining seats shall be allocated alternately to Africa and America on the one hand, and to Asia and Europe on the other, in order to enable each of these regions to ensure participation in the electoral process, on a non-discriminatory basis, of States Members which belong to

[4.] The persons representing the employers and the persons representing the workers shall be elected respectively by the Employers' delegates and the Workers' delegates to the Conference.

[5.] The period of office of the Governing Body shall be three years. If for any reason the Governing Body elections do not take place on the expiry of this period, the Governing Body shall remain in office until such elections are held.

[6.] The method of filling vacancies and of appointing substitutes and other similar questions may be decided by the Governing Body subject to the approval of the Conference.

[7.] The Governing Body shall, from time to time, elect from its number a chairman and two vice-chairmen, of whom one shall be a person representing a government, one a person representing the employers, and one a person representing the workers.

[8.] The Governing Body shall regulate its own procedure and shall fix its own times of meeting. A special meeting shall be held if a written request to that effect is made by at least [sixteen] of the representatives on the Governing Body.

#### Article 8

1. There shall be a Director-General of the International Labour Office, who shall be appointed by the Governing Body, and subject to the instructions of the Governing Body, shall be responsible for the efficient conduct of the International Labour Office and for such other duties as may be assigned to him.

[2.] The Director-General or his deputy shall attend all meetings of the Governing Body.

#### Article 13

2. ...

(c) the arrangements for the approval, allocation and collection of the budget of the International Labour Organisation shall be determined by the Conference by a two-thirds

it geographically or are attached to it by mutual agreement, or are invited to the corresponding regional conference, but are not yet covered either by the protocol for that region or by any other, it being understood that such States shall not be placed in a privileged position in relation to comparable States in the region. Whenever the additional seat is not used in accordance with the foregoing provisions, it shall be filled by the region concerned in the light of the provisions of its protocol.

5. The persons representing the employers and the persons representing the workers shall be elected respectively by the Employers' delegates and the Workers' delegates to the Conference.

6. The period of office of the Governing Body shall be three years. If for any reason the Governing Body elections do not take place on the expiry of this period, the Governing Body shall remain in office until such elections are held.

7. The method of filling vacancies and of appointing substitutes and other similar questions may be decided by the Governing Body subject to the approval of the Conference.

8. The Governing Body shall, from time to time, elect from its number a chairman and two vice-chairmen, of whom one shall be a person representing a government, one a person representing the employers, and one a person representing the workers.

9. The Governing Body shall regulate its own procedure and shall fix its own times of meeting. A special meeting shall be held if a written request to that effect is made by at least thirty-two of the representatives on the Governing Body.

#### Article 8

1. There shall be a Director-General of the International Labour Office, who shall be appointed by the Governing Body, which shall submit the appointment to the International Labour Conference for approval.

2. Subject to the instructions of the Governing Body, the Director-General shall be responsible for the efficient conduct of the Office and for such other duties as may be assigned to him.

3. The Director-General or his deputy shall attend all meetings of the Governing Body.

#### Article 13

2. ...

(c) the arrangements for the approval, allocation and collection of the budget of the International Labour Organisation shall be determined by the Conference by a two-thirds

## 720 der Beilagen

13

majority of the votes cast [by the delegates present], and shall provide for the approval of the budget and of the arrangements for the allocation of expenses among the Members of the Organisation by a committee of Government representatives.

4. A Member of the Organisation which is in arrears in the payment of its financial contribution to the Organisation shall have no vote in the Conference, in the Governing Body, in any committee, or in the elections of members of the Governing Body, if the amount of its arrears equals or exceeds the amount of the contributions due from it for the preceding two full years: Provided that the Conference may by a two-thirds majority of the votes cast [by the delegates present] permit such a Member to vote if it is satisfied that the failure to pay is due to conditions beyond the control of the Member.

## Article 16

2. Items to which such objection has been made shall not, however, be excluded from the agenda, if [at the Conference a majority of two-thirds of the votes cast by the delegates present is in favour of considering them].

3. If the Conference decides (otherwise than under the preceding paragraph) by two-thirds of the votes cast [by the delegates present] that any subject shall be considered by the Conference, that subject shall be included in the agenda for the following [meeting].

## Article 17

2. Except as otherwise expressly provided in this Constitution or by the terms of any Convention or other instrument conferring powers on the Conference or of the financial and budgetary arrangements adopted in virtue of article 13, all matters shall be decided by a simple majority of the votes cast [by the delegates present.]

[3.] The voting is void unless [the total number of votes cast is equal to half the number of the delegates attending the Conference.]

majority of the votes cast, and shall provide for the approval of the budget and of the arrangements for the allocation of expenses among the Members of the Organisation by a committee of Government representatives.

4. A Member of the Organisation which is in arrears in the payment of its financial contribution to the Organisation shall have no vote in the Conference, in the Governing Body, in any committee, or in the elections of members of the Governing Body, if the amount of its arrears equals or exceeds the amount of the contributions due from it for the preceding two full years: Provided that the Conference may by a two-thirds majority of the votes cast permit such a Member to vote if it is satisfied that the failure to pay is due to conditions beyond the control of the Member.

## Article 16

2. Items to which such objection has been made shall not, however, be excluded from the agenda, if the Conference decides by a majority of two-thirds of the votes cast to consider them.

3. If the Conference decides (otherwise than under the preceding paragraph) by a majority of two-thirds of the votes cast that any subject shall be considered by the Conference, that subject shall be included in the agenda for the following session.

## Article 17

2. Except as otherwise expressly provided in this Constitution or by the terms of any Convention or other instrument conferring powers on the Conference or of the financial and budgetary arrangements adopted in virtue of article 13, all matters shall be decided by a simple majority of the votes cast (for and against).

3. In cases in which the Constitution provides for a decision by a simple majority, the decision shall be concurred in by at least one-quarter of the delegates attending the session of the Conference; in cases in which the Constitution provides for a decision by a two-thirds majority, the decision shall be concurred in by at least one-third of the delegates attending the session; in cases in which the Constitution provides for a decision by a three-fourths majority, the decision shall be concurred in by at least three-eighths of the delegates attending the session.

4. The voting is void unless at least one-half of the delegates attending the session and entitled to vote have taken part in the voting.

**Article 19**

2. In either case a majority of two-thirds of the votes cast [by the delegates present] shall be necessary on the final vote for the adoption of the Convention or Recommendation, as the case may be, by the Conference.

**Article 21**

1. If any Convention coming before the Conference for final consideration fails to secure the support of two-thirds of the votes cast [by the delegates present], it shall nevertheless be within the right of any of the Members of the Organisation to agree to such Convention among themselves.

**Article 36**

Amendments to this Constitution which are adopted by the Conference by a majority of two-thirds of the votes cast [by the delegates present] shall take effect when ratified or accepted by two-thirds of the Members of the Organisation [including five of the ten Members which are represented on the Governing Body as Members of chief industrial importance in accordance with the provisions of paragraph 3 of article 7 of this Constitution.]

**Article 19**

2. In either case a majority of two-thirds of the votes cast shall be necessary on the final vote for the adoption of the Convention or Recommendation, as the case may be, by the Conference.

**Article 21**

1. If any Convention coming before the Conference for final consideration fails to secure the support of two-thirds of the votes cast, it shall nevertheless be within the right of any of the Members of the Organisation to agree to such Convention among themselves.

**Article 36**

1. Subject to the provisions of paragraph 2 of this article, amendments to this Constitution which are adopted by the Conference by a majority of two-thirds of the votes cast shall take effect when ratified or accepted by two-thirds of the Members of the Organisation.

2. If an amendment relates to—

- (i) the fundamental purposes of the Organisation as set out in the Preamble to the Constitution and in the Declaration concerning the Aims and Purposes of the Organisation annexed thereto (Preamble; article 1; Annex);
- (ii) the permanent establishment of the Organisation, the composition and functions of its collegiate organs and the appointment and responsibilities of the Director-General as set out in the Constitution (article 1; article 2; article 3; article 4; article 7; article 8; article 17);
- (iii) the constitutional provisions concerning international labour Conventions and Recommendations (articles 19–35; article 37);
- (iv) the provisions of this article,

it shall not be considered as adopted unless it receives three-fourths of the votes cast; it shall not take effect unless ratified or accepted by three-quarters of the Members of the Organisation.

## INSTRUMENT D'AMENDEMENT À LA CONSTITUTION DE L'ORGANISATION INTERNATIONALE DU TRAVAIL

La Conférence générale de l'Organisation internationale du Travail,

Convoquée à Genève par le Conseil d'administration du Bureau international du Travail, et s'y étant réunie le 4 juin 1986, en sa-soixante-douzième session;

Après avoir décidé d'adopter certaines propositions d'amendements à la Constitution de l'Organisation internationale du Travail, question qui est comprise dans le septième point à l'ordre du jour de la session,

adopte, ce vingt-quatrième jour de juin mil neuf cent quatre-vingt-six, l'instrument ci-après pour l'amendement de la Constitution de l'Organisation internationale du Travail, instrument qui sera dénommé Instrument d'amendement à la Constitution de l'Organisation internationale du Travail, 1986:

### Article 1

A partir de la date de l'entrée en vigueur du présent instrument d'amendement, les dispositions de la Constitution de l'Organisation internationale du Travail, dont le texte actuellement en vigueur est reproduit dans la première colonne de l'annexe au présent instrument, auront effet dans la forme amendée qui figure à la deuxième colonne de ladite annexe.

### Article 2

Deux exemplaires authentiques du présent instrument d'amendement seront signés par le Président de la Conférence et par le Directeur général du Bureau international du Travail. L'un de ces exemplaires sera déposé aux archives du Bureau international du Travail, et l'autre entre les mains du Secrétaire général des Nations Unies aux fins d'enregistrement conformément aux termes de l'article 102 de la Charte des Nations Unies. Le Directeur général communiquera une copie certifiée conforme de cet instrument à chacun des Membres de l'Organisation internationale du Travail.

### Article 3

1. Les ratifications ou acceptations formelles du présent instrument d'amendement seront communiquées au Directeur général du Bureau international du Travail, qui en informera les Membres de l'Organisation.

2. Le présent instrument d'amendement entrera en vigueur dans les conditions prévues à l'article 36 de la Constitution de l'Organisation internationale du Travail.

3. Dès l'entrée en vigueur du présent instrument, le Directeur général du Bureau international du Travail en informera tous les Membres de l'Organisation internationale du Travail et le Secrétaire général des Nations Unies.

## ANNEXE

## CONSTITUTION DE L'ORGANISATION INTERNATIONALE DU TRAVAIL

Dispositions en vigueur le 24 juin 1986 <sup>1)</sup>

## Article 1

4. La Conférence générale de l'Organisation internationale du Travail peut également admettre des Membres dans l'Organisation à la majorité des deux tiers des délégués présents à la session, y compris les deux tiers des délégués gouvernementaux [présents et votants]. Cette admission deviendra effective lorsque le gouvernement du nouveau Membre aura communiqué au Directeur général du Bureau international du Travail son acceptation formelle des obligations découlant de la Constitution de l'Organisation.

## Article 3

9. Les pouvoirs des délégués et de leurs conseillers techniques seront soumis à la vérification de la Conférence, laquelle pourra, par une majorité des deux tiers des suffrages exprimés [par les délégués présents], refuser d'admettre tout délégué ou tout conseiller technique qu'elle ne jugera pas avoir été désigné conformément aux termes du présent article.

## Article 6

Tout changement du siège du Bureau international du Travail sera décidé par la Conférence à la majorité des deux tiers des suffrages exprimés [par les délégués présents].

## Article 7

[1. Le Conseil d'administration sera composé de cinquante-six personnes:  
vingt-huit représentant les gouvernements,  
quatorze représentant les employeurs, et  
quatorze représentant les travailleurs.

2. Sur les vingt-huit personnes représentant les gouvernements, dix seront nommées par les Membres dont l'importance industrielle est la plus considérable et dix-huit seront nommées par les Membres désignés à cet effet par les délégués gouvernementaux à la Conférence, exclusion faite des délégués des dix Membres susmentionnés.

Dispositions amendées <sup>1)</sup>

## Article 1

4. La Conférence générale de l'Organisation internationale du Travail peut également admettre des Membres dans l'Organisation à la majorité des deux tiers des délégués présents à la session, y compris les deux tiers des délégués gouvernementaux ayant pris part au vote. Cette admission deviendra effective lorsque le gouvernement du nouveau Membre aura communiqué au Directeur général du Bureau international du Travail son acceptation formelle des obligations découlant de la Constitution de l'Organisation.

## Article 3

9. Les pouvoirs des délégués et de leurs conseillers techniques seront soumis à la vérification de la Conférence, laquelle pourra, par une majorité des deux tiers des suffrages exprimés, refuser d'admettre tout délégué ou tout conseiller technique qu'elle jugera ne pas avoir été désigné conformément aux termes du présent article.

## Article 6

Tout changement du siège du Bureau international du Travail sera décidé par la Conférence à la majorité des deux tiers des suffrages exprimés.

## Article 7

1. Le Conseil d'administration comprendra cent douze sièges:

- cinquante-six réservés aux personnes représentant les gouvernements;
- vingt-huit réservés aux personnes représentant les employeurs;
- vingt-huit réservés aux personnes représentant les travailleurs.

2. Il devra être composé de manière à être aussi représentatif que possible en tenant compte des différents intérêts géographiques, économiques et sociaux au sein des trois groupes qui le constituent, sans toutefois qu'il soit porté atteinte à l'autonomie reconnue de ces groupes.

<sup>1)</sup> Les mots à supprimer dans les dispositions en vigueur le 24 juin 1986 sont entre crochets. Les modifications et adjonctions à introduire dans les dispositions amendées sont soulignées.

3. Le Conseil d'administration déterminera, chaque fois qu'il y aura lieu, quels sont les Membres ayant l'importance industrielle la plus considérable et établira des règles en vue d'assurer l'examen, par un comité impartial, de toutes questions relatives à la désignation des Membres ayant l'importance industrielle la plus considérable avant que le Conseil d'administration ne prenne une décision à cet égard. Tout appel formé par un Membre contre la déclaration du Conseil d'administration arrêtant quels sont les Membres ayant l'importance industrielle la plus considérable sera tranché par la Conférence, mais un appel interjeté devant la Conférence ne suspendra pas l'application de la déclaration tant que la Conférence ne se sera pas prononcée.]

3. Afin de satisfaire aux exigences définies au paragraphe 2 du présent article et d'assurer la continuité des travaux, cinquante-quatre des cinquante-six sièges réservés aux représentants des gouvernements seront attribués comme suit:

- a) Ils seront répartis entre quatre régions géographiques (Afrique, Amérique, Asie et Europe) dont la délimitation fera, si nécessaire, l'objet d'ajustements par accord mutuel de tous les gouvernements-concernés. Chacune de ces régions se verra attribuer un nombre de sièges qui tiendra compte à pondération égale du nombre d'Etats Membres qu'elle compte, de l'importance de leur population et de leurs activités économiques mesurées par les indices appropriés — produit national brut ou contributions au budget de l'Organisation —, étant entendu qu'aucune d'entre elles ne pourra disposer de moins de douze sièges ni de plus de quinze sièges. Pour l'application du présent alinéa, la répartition initiale des sièges sera la suivante: Afrique: treize sièges, Amérique: douze sièges; Asie et Europe: quinze et quatorze sièges à tour de rôle.
- b)
  - i) A l'occasion de la Conférence internationale du Travail, les délégués gouvernementaux des Etats Membres appartenant aux différentes régions visées à l'alinéa a) ci-dessus, ou qui leur sont rattachés par accord mutuel, ou sont invités à la Conférence régionale correspondante, dans les conditions prévues au paragraphe 4 ci-après, formeront les collèges électoraux chargés de désigner les Membres appelés à occuper les sièges qui reviennent à chacune desdites régions. Il est entendu que les délégués gouvernementaux des Etats d'Europe occidentale et les délégués gouvernementaux des Etats socialistes d'Europe de l'Est formeront des collèges électoraux séparés. Ils s'accorderont pour répartir entre eux les sièges revenant à la région et désigneront séparément leurs représentants au Conseil d'administration.
  - ii) Lorsque les particularités d'une région l'exigent, les gouvernements de cette région pourront convenir de se subdiviser sur une base sous-régionale pour désigner séparément les Membres appelés à occuper les sièges revenant à la sous-région.
  - iii) Les désignations seront communiquées au collège des délégués gouvernementaux de la Conférence afin qu'il proclame les résultats. Si, dans une région ou une sous-région, les opérations électorales ou leurs résultats font l'objet de contestations qui ne peuvent être réglées à ces niveaux, le

collège des délégués gouvernementaux de la Conférence décidera dans le cadre des dispositions du protocole applicable.

- c) Chaque collège électoral devra prendre les dispositions nécessaires afin qu'un nombre substantiel des Membres désignés pour occuper les sièges alloués à la région soient choisis en se fondant sur l'importance de leur population et afin qu'une répartition géographique équitable soit assurée, tout en prenant en considération d'autres facteurs tels que les activités économiques des Membres en question selon les caractéristiques propres à la région. Les modalités de mise en œuvre de ces principes seront précisées dans un protocole convenu entre les gouvernements faisant partie du collège électoral qui sera déposé auprès du Directeur général du Bureau international du Travail.

4. Chacun des deux sièges restants sera attribué à tour de rôle à l'Afrique et à l'Amérique d'une part et à l'Asie et à l'Europe d'autre part, afin de permettre à chacune de ces régions d'assurer dans des conditions non discriminatoires la participation au processus électoral des Etats Membres qui en font géographiquement partie ou lui sont rattachés par accord mutuel, ou sont invités à la conférence régionale correspondante, mais ne sont encore couverts ni par le protocole de cette région ni par aucun autre, étant entendu que lesdits Etats ne pourront bénéficier d'un traitement privilégié par rapport aux Etats comparables de la région. Lorsque le siège additionnel n'est pas utilisé selon les dispositions qui précèdent, il sera pourvu par la région concernée à la lumière des dispositions de son protocole.

[4.] Les personnes représentant les employeurs et les personnes représentant les travailleurs seront élues respectivement par les délégués des employeurs et les délégués des travailleurs à la Conférence.

[5.] Le Conseil sera renouvelé tous les trois ans. Si, pour une raison quelconque, les élections au Conseil d'administration n'ont pas lieu à l'expiration de cette période, le Conseil d'administration restera en fonctions jusqu'à ce qu'il soit procédé à ces élections.

[6.] La manière de pourvoir aux sièges vacants, la désignation des suppléants et les autres questions de même nature pourront être réglées par le Conseil sous réserve de l'approbation de la Conférence.

[7.] Le Conseil d'administration élira dans son sein un président et deux vice-présidents. Parmi ces trois personnes, l'une sera une personne représentant un gouvernement et les deux autres seront respectivement des personnes représentant les employeurs et les travailleurs.

5. Les personnes représentant les employeurs et les personnes représentant les travailleurs seront élues respectivement par les délégués des employeurs et les délégués des travailleurs à la Conférence.

6. Le Conseil sera renouvelé tous les trois ans. Si, pour une raison quelconque, les élections au Conseil d'administration n'ont pas lieu à l'expiration de cette période, le Conseil d'administration restera en fonctions jusqu'à ce qu'il soit procédé à ces élections.

7. La manière de pourvoir aux sièges vacants, la désignation des suppléants et les autres questions de même nature pourront être réglées par le Conseil sous réserve de l'approbation de la Conférence.

8. Le Conseil d'administration élira dans son sein un président et deux vice-présidents. Parmi ces trois personnes, l'une sera une personne représentant un gouvernement et les deux autres seront respectivement des personnes représentant les employeurs et les travailleurs.

## 720 der Beilagen

19

[8.] Le Conseil d'administration établira son règlement et se réunira aux époques qu'il fixera lui-même. Une session spéciale devra être tenue chaque fois que [seize] personnes faisant partie du Conseil auront formulé une demande écrite à cet effet.

## Article 8

1. Un Directeur général sera placé à la tête du Bureau international du Travail; il sera [désigné] par le Conseil d'administration de qui il recevra ses instructions et vis-à-vis de qui il sera responsable de la bonne marche du Bureau ainsi que de l'exécution de toutes autres tâches qui auront pu lui être confiées.

[2.] Le Directeur général ou son suppléant assisteront à toutes les séances du Conseil d'administration.

## Article 13

2. ...
- c) les dispositions relatives à l'approbation du budget de l'Organisation internationale du Travail, ainsi qu'à l'assiette et au recouvrement des contributions, seront arrêtées par la Conférence à la majorité des deux tiers des suffrages [émis par les délégués présents] et stipuleront que le budget et les arrangements concernant la répartition des dépenses entre les Membres de l'Organisation seront approuvés par une commission de représentants gouvernementaux.

4. Un Membre de l'Organisation en retard dans le paiement de sa contribution aux dépenses de l'Organisation ne peut participer au vote à la Conférence, au Conseil d'administration ou à toute commission, [ou] aux élections de membres du Conseil d'administration, si le montant de ses arriérés est égal ou supérieur à la contribution due par lui pour les deux années complètes écoulées. La Conférence peut néanmoins, par un vote à la majorité des deux tiers des suffrages [émis par les délégués présents], autoriser ce Membre à participer au vote si elle constate que le manquement est dû à des circonstances indépendantes de sa volonté.

## Article 16

2. Les sujets auxquels il aura été fait opposition resteront néanmoins inclus à l'ordre du jour si la Conférence en décide ainsi à la majorité des deux tiers des suffrages exprimés [par les délégués présents].

3. Toute question au sujet de laquelle la Conférence décide, à la même majorité des deux tiers,

9. Le Conseil d'administration établira son règlement et se réunira aux époques qu'il fixera lui-même. Une session spéciale devra être tenue chaque fois que trente-deux personnes faisant partie du Conseil auront formulé une demande écrite à cet effet.

## Article 8

1. Un Directeur général sera placé à la tête du Bureau international du Travail; il sera nommé par le Conseil d'administration qui soumettra cette nomination à l'approbation de la Conférence internationale du Travail.

2. Le Directeur général recevra ses instructions du Conseil d'administration et sera responsable vis-à-vis de ce dernier de la bonne marche du Bureau ainsi que de l'exécution de toutes autres tâches qui auront pu lui être confiées.

3. Le Directeur général ou son suppléant assisteront à toutes les séances du Conseil d'administration.

## Article 13

2. ...
- c) les dispositions relatives à l'approbation du budget de l'Organisation internationale du Travail, ainsi qu'à l'assiette et au recouvrement des contributions, seront arrêtées par la Conférence à la majorité des deux tiers des suffrages exprimés et stipuleront que le budget et les arrangements concernant la répartition des dépenses entre les Membres de l'Organisation seront approuvés par une commission de représentants gouvernementaux.

4. Un Membre de l'Organisation en retard dans le paiement de sa contribution aux dépenses de l'Organisation ne peut participer au vote à la Conférence, au Conseil d'administration ou à toute commission, ni aux élections de membres du Conseil d'administration, si le montant de ses arriérés est égal ou supérieur à la contribution due par lui pour les deux années complètes écoulées. La Conférence peut néanmoins, par un vote à la majorité des deux tiers des suffrages exprimés, autoriser ce Membre à participer au vote si elle constate que le manquement est dû à des circonstances indépendantes de sa volonté.

## Article 16

2. Les sujets auxquels il aura été fait opposition resteront néanmoins inclus à l'ordre du jour si la Conférence en décide ainsi à la majorité des deux tiers des suffrages exprimés.

3. Toute question au sujet de laquelle la Conférence décide, à la même majorité des deux tiers des

qu'elle doit être examinée (autrement que prévu dans l'alinéa précédent) sera portée à l'ordre du jour de la session suivante.

#### Article 17

2. La simple majorité des suffrages exprimés [par les membres présents de la Conférence] décidera dans tous les cas où une majorité plus forte n'est pas spécialement prévue par d'autres articles de la présente Constitution ou par toute convention ou autre instrument conférant les pouvoirs à la Conférence ou par les arrangements financiers ou budgétaires adoptés en vertu de l'article 13.

[3. Aucun vote n'est acquis si le nombre des suffrages exprimés est inférieur à la moitié du nombre des délégués présents à la session.]

#### Article 19

2. Dans les deux cas, pour qu'une convention ou qu'une recommandation soient adoptées au vote final par la Conférence, une majorité des deux tiers [des voix des délégués présents] est requise.

#### Article 21

1. Tout projet qui, dans le scrutin final sur l'ensemble, ne recueillera pas la majorité des deux tiers des suffrages exprimés [par les Membres présents] peut faire l'objet d'une convention particulière entre ceux des Membres de l'Organisation qui en ont le désir.

#### Article 36

Les amendements à la présente Constitution adoptés par la Conférence à la majorité des deux tiers des suffrages [émis par les délégués présents] entreront en vigueur lorsqu'ils auront été ratifiés ou acceptés par les deux tiers des Membres de l'Organisation [compreneant cinq des dix Membres représentés au Conseil d'administration en qualité de Membres ayant l'importance industrielle la plus considérable, conformément aux dispositions du paragraphe 3 de l'article 7 de la présente Constitution].

suffrages exprimés, qu'elle doit être examinée (autrement que prévu dans l'alinéa précédent) sera portée à l'ordre du jour de la session suivante.

#### Article 17

2. La simple majorité des suffrages exprimés (affirmatifs et négatifs) décidera dans tous les cas où une majorité plus forte n'est pas spécialement prévue par d'autres articles de la présente Constitution ou par toute convention ou autre instrument conférant les pouvoirs à la Conférence ou par les arrangements financiers ou budgétaires adoptés en vertu de l'article 13.

3. Dans les cas où la Constitution prévoit une majorité simple des suffrages, cette majorité ne décidera que si elle compte au moins un quart des délégués présents à la session de la Conférence; dans le cas où la Constitution prévoit une majorité des deux tiers des suffrages, cette majorité ne décidera que si elle compte au moins un tiers des délégués présents à la session; dans le cas où la Constitution prévoit une majorité des trois quarts, cette majorité ne décidera que si elle compte au moins trois huitièmes des délégués présents à la session.

4. Un vote ne sera considéré comme acquis que si la moitié au moins des délégués présents à la session et possédant le droit de vote a pris part au vote.

#### Article 19

2. Dans les deux cas, pour qu'une convention ou qu'une recommandation soient adoptées au vote final par la Conférence, une majorité des deux tiers des suffrages exprimés est requise.

#### Article 21

1. Tout projet qui, dans le scrutin final sur l'ensemble, ne recueillera pas la majorité des deux tiers des suffrages exprimés peut faire l'objet d'une convention particulière entre ceux des Membres de l'Organisation qui en ont le désir.

#### Article 36

1. Sous réserve des dispositions du paragraphe 2 du présent article, les amendements à la présente Constitution adoptés par la Conférence à la majorité des deux tiers des suffrages exprimés entreront en vigueur lorsqu'ils auront été ratifiés ou acceptés par les deux tiers des Membres de l'Organisation.

2. Dans le cas où un amendement concerne:

- i) les objectifs fondamentaux de l'Organisation énoncés dans le Préambule de la Constitution et dans la Déclaration concernant les buts et objectifs de l'Organisation annexée à ladite Constitution (Préambule; article 1; Annexe);

- ii) la structure permanente de l'Organisation, la composition et les fonctions de ses organes collégiaux, la nomination et les responsabilités du Directeur général, telles qu'elles sont énoncées dans la Constitution (article 1; article 2; article 3; article 4; article 7; article 8; article 17);
- iii) les dispositions constitutionnelles relatives aux conventions et recommandations internationales du travail (articles 19 à 35; article 37);
- iv) les dispositions du présent article,  
cet amendement ne sera considéré comme adopté que s'il recueille les trois quarts des suffrages exprimés; il n'entrera en vigueur que lorsqu'il aura été ratifié ou accepté par les trois quarts des Membres de l'Organisation.

## VORBLATT

**Problem:**

Die Allgemeine Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation hat am 24. Juni 1986 die Abänderungsurkunde zur Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation, 1986, angenommen. Die österreichische Delegation, bestehend aus Vertretern der Regierung, der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerorganisationen, hat für die Annahme der Urkunde gestimmt.

**Ziel:**

Ratifizierung der genannten Urkunde.

**Inhalt:**

Änderung einer Reihe von Bestimmungen der auch von Österreich ratifizierten Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation. Die vorgesehenen Änderungen sind das Ergebnis einer jahrzehntelangen Diskussion auf und zwischen den Tagungen der Internationalen Arbeitskonferenz und stellen einen sowohl den Industriestaaten als auch den in Entwicklung begriffenen Staaten annehmbaren Kompromiß dar.

**Alternative:**

Keine.

**Kosten:**

Keine.

## Erläuterungen

### A. Vorbemerkungen

Die Allgemeine Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation, die in der Zeit vom 4. bis 25. Juni 1986 in Genf zu ihrer 72. Tagung zusammengetreten war und auf der Österreich durch eine aus Vertretern der Regierung, der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zusammengesetzte Delegation vertreten war, hat auf dieser Tagung die

#### Abänderungsurkunde zur Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation, 1986,

deren authentischer englischer und französischer Wortlaut samt einer amtlichen deutschen Übersetzung desselben beigegeben ist, mit 352 Stimmen bei 44 Gegenstimmen ohne Stimmenthaltungen angenommen; auch die österreichische Delegation hat für die Annahme gestimmt.

Gemäß Artikel 36 der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation treten jedoch Änderungen der Verfassung erst in Kraft, sobald zwei Drittel der Mitglieder der Organisation diese ratifiziert oder angenommen haben; dabei müssen diese zwei Drittel fünf der zehn Mitglieder einschließen, die im Verwaltungsrat als Mitglieder vertreten sind, denen nach Artikel 7 Abs. 3 der Verfassung wirtschaftlich die größte Bedeutung zukommt.

Österreich sollte diese Abänderungen der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation nunmehr auch ratifizieren. Sie sind Ergebnis jahrzehntelanger Diskussionen auf und zwischen den Tagungen der Internationalen Arbeitskonferenz und stellen einen sowohl den Industriestaaten als auch den in Entwicklung begriffenen Staaten annehmbaren Kompromiß dar. Lediglich die Ostblockstaaten und mit diesen befreundete Staaten haben bei der endgültigen Annahme der Urkunde zur Abänderung der Verfassung im Plenum der Konferenz anlässlich ihrer 72. Tagung dagegengestimmt.

Von den befragten Zentralstellen des Bundes und der Länder hat der überwiegende Teil gegen eine Ratifikation der in Rede stehenden Urkunde keine Bedenken oder Einwände geäußert. Einige von ihnen haben sich auch nach einer stillschweigend eingeräumten Fristverlängerung verschwie-

gen. Auch die Interessenvertretungen der Arbeitgeber haben gegen eine Ratifikation keine Einwände. Die Interessenvertretungen der Arbeitnehmer haben ihre positive Einstellung einer Ratifikation gegenüber unterstrichen.

Die Urkunde zur Abänderung der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation, 1986, hat gesetzändernden und Gesetzesergänzenden Charakter und stellt einen politischen Staatsvertrag dar, weshalb sie gemäß Artikel 50 Abs. 1 B-VG der Genehmigung durch den Nationalrat bedarf. Sie ist der unmittelbaren Anwendung im innerstaatlichen Rechtsbereich zugänglich, sodaß eine Erlassung von Gesetzen gemäß Artikel 50 Absatz 2 B-VG nicht erforderlich ist. Die Urkunde enthält keine verfassungsändernden Bestimmungen.

### B. Inhalt der Urkunde

Mit dieser Urkunde wird die Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation, deren letzte Änderung im Bundesgesetzblatt Nr. 154/1975 verlautbart ist, abgeändert. Der Verwaltungsrat, der sich gegenwärtig aus 56 Personen zusammensetzt, soll künftig aus 112 wählbaren Personen bestehen. Die ständigen Sitze der zehn Mitgliedstaaten, denen größte wirtschaftliche Bedeutung zukommt, werden mit Inkrafttreten der Verfassungsänderung beseitigt (Artikel 7 der Verfassung). Künftig ist die Ernennung des Generaldirektors durch den Verwaltungsrat von der Internationalen Arbeitskonferenz zu bestätigen (Artikel 8 der Verfassung). Die Quorumsregeln für die Tagungen der Internationalen Arbeitskonferenz werden insofern verbessert, als in Zukunft nicht nur Pro- und Kontrastimmen sondern auch Stimmenthaltungen für die Zahl der für das Quorum erforderlichen Stimmen zu berücksichtigen sind (Artikel 17). Eine mit Zweidrittelmehrheit von der Arbeitskonferenz beschlossene Änderung der Verfassung bedarf in Zukunft zu ihrem Inkrafttreten der Ratifikation oder Annahme durch zwei Drittel der Mitgliedstaaten. Bei Änderungen der wichtigsten taxativ aufgezählten Bestimmungen der Verfassung wird jeweils eine Dreiviertelmehrheit erforderlich. Hier geht es um die Fundamentalnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (Artikel 36). Schließlich enthält

sie eine Anzahl weiterer Änderungen, die durch die Novellierung der Verfassung notwendig geworden sind.

Der neue Text von Artikel 7 der Verfassung beseitigt die ständigen Sitze für Mitgliedstaaten größter wirtschaftlicher Bedeutung im Verwaltungsrat und verbessert seine Repräsentativität durch die Erhöhung der Zahl seiner Mitglieder auf 112 (56 Regierungsvertreter und je 28 Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer). Die neue Zusammensetzung ist bemüht, innerhalb seiner drei Wahlkollegien soweit als möglich die verschiedenen geographischen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen zu berücksichtigen ohne jedoch die anerkannte Autonomie der drei Gruppen zu verletzen.

Die Absicht hinter der Abänderung des Artikel 8 der Verfassung ist, auch die Internationale Arbeitskonferenz in den Prozeß der Ernennung des Generaldirektors des Internationalen Arbeitsamtes miteinzubeziehen. Nach der zur Zeit noch gültigen Bestimmung der Verfassung fällt die Ernennung des Generaldirektors in den alleinigen Wirkungsbereich des Verwaltungsrates, während nach dem neuen System der vom Verwaltungsrat ernannte Generaldirektor durch die Konferenz bestätigt werden muß, wodurch auch den im Verwaltungsrat nicht vertretenen Mitgliedern ermöglicht wird, sich zu dieser bedeutsamen Entscheidung zu artikulieren.

Die Abänderungen zu Artikel 17 der Verfassung zielen auf eine Beseitigung der durch das gegenwärtige Quorumsberechnungssystem entstandenen

Verzerrungen ab. Bei der Berechnung des Quorums werden derzeit die Stimmenthaltungen außer acht gelassen. So wurde in den letzten Jahren vielfach anstatt der Abgabe von Neinstimmen zur Stimmenthaltung Zuflucht genommen. Hiedurch sind Anträge nicht durch die größere Anzahl der Neinstimmen, sondern wegen mangelnden Quorums nicht angenommen worden. Nach dem neuen Text der Verfassung wird der Stimmenthaltung ihre eigentliche Bedeutung: weder ja noch nein auszudrücken zurückgegeben.

Schließlich enthält die Urkunde noch eine Abänderung des Artikels 36 der Verfassung. Diese erschien notwendig, weil durch die Abschaffung der ständigen Sitze im Verwaltungsrat die zehn Mitgliedstaaten von größter wirtschaftlicher Bedeutung ihren Einfluß auf allfällige Verfassungsänderungen verlieren. (Nach dem geltenden Artikel 36 bedarf es neben der Annahme einer Verfassungsänderung durch zwei Drittel der Delegierten der Konferenz auch der Ratifikation oder Annahme von zwei Drittel der Mitglieder, wobei diese zwei Drittel fünf oder zehn Länder mit der größten wirtschaftlichen Bedeutung einschließen müssen). Zum Schutz der großen Beitragszahler werden Abänderungen der wichtigsten Verfassungsbestimmungen (die im Text der Urkunde taxativ aufgezählt sind) unter den besonderen Schutz der Verfassung gestellt. Eine solche Änderung gilt nicht als angenommen, wenn sie nicht drei Viertel der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt. Sie tritt nicht in Kraft, solange nicht drei Viertel der Mitglieder der Organisation sie ratifiziert oder angenommen haben.